

# Fachveranstaltung in Bochum am 30. Mai 2007 zum Sozialbericht NRW 2007

V o r t r a g:

**Sozialbericht NRW 2007  
DGB-Landesvorsitzender Guntram Schneider**

## Umverteilung nach oben verschärft Stagnation und Massenarbeitslosigkeit

Die vergangenen zwölf Jahre waren für die Arbeitnehmerschaft in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt eine Zeit der Bescheidenheit. Trotz steigender Bruttolöhne hat ein durchschnittlicher Arbeitnehmer infolge zunehmender Lebenshaltungskosten sowie Abgaben- und Steuererhöhungen heute real weniger Geld in der Tasche als vorher.

**Auch im internationalen Vergleich stiegen die bundesdeutschen Nominallöhne nur unterdurchschnittlich – hingegen die Gewinne der Unternehmen .....**

2001 lebten in NRW 3.192 Einkommensmillionäre. Das Vermögen der reichen Haushalte hat sich – verglichen mit dem Jahr 1998 – um 17,5 % auf 434.800 Euro erhöht.

Mehr als zehn Jahre Wirtschaftspolitik nach den Vorgaben der neoliberalen Glaubenssätze haben Deutschland andauernde gesamtwirtschaftliche Stagnation, Arbeitslosigkeit und wachsende soziale Armut gebracht.

## Arm strotz Arbeit

Infolge der verfestigten Massenarbeitslosigkeit hat sich Armut in den letzten 30 Jahren immer weiter in die Gesellschaft ausgedehnt:

**Stand am Anfang die „neue Armut“ von Randgruppen, wurde dann die Armut von Menschen ohne Erwerbsarbeit brisant, so breitet sich derzeit die „Armut trotz Erwerbsarbeit“ aus.**

Prekäre Beschäftigung, wie sie in Form instabiler und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse mit Niedriglöhnen bereits weit verbreitet ist – wird, das steht zu befürchten, weiterhin zunehmen.

**Normalarbeitsverhältnisse haben in NRW an Bedeutung verloren.**

Während im Jahr 2000 noch ca. 5 Mio Personen in Normalarbeitsverhältnissen arbeiten, waren es 2004 nur noch rund 4,6 Mio.

Die mit der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses einhergehende Verschlechterung von Arbeits- und Lebensverhältnissen trifft Männer und Frauen.

Besonders stark sind aber Frauen betroffen, weil sie einen überdurchschnittlichen Anteil an den Dienstleistungstätigkeiten haben. Gerade diese zeichnen sich durch einen besonders hohen Anteil an geringfügiger, befristeter und schlechtbezahlter Arbeit aus.

## **Fachveranstaltung in Bochum am 30. Mai 2007 zum Sozialbericht NRW 2007**

Insgesamt arbeiteten im Jahr 2004 über 1,9 Mio Personen, d.h. 26,3 % aller Erwerbstätigen in sog. Atypischen Beschäftigungsverhältnissen.

Bei mehr als jeder/m sechsten Vollzeit-AlleinverdienerIn mit minderjährigen Kindern im Haushalt reicht das Einkommen nicht aus, um dem Armutsrisiko zu entgehen.

Das Armutsrisiko der Erwerbslosen ist seit 1996 von 35,8 auf 43,4 % im Jahr 2005 gestiegen.

**Es ist zu befürchten, dass mit diesem beschäftigungspolitischen Wandel nicht nur die sozialen Sicherung der einzelnen Beschäftigten untergraben wird, sondern damit auch eine Aushöhlung der vorrangig betragsfinanzierten sozialen Sicherungssysteme einhergeht.**

Überdies drohen wettbewerbliche Schieflagen und der Einstieg in eine Abwärtsspirale, wenn sich einzelne Konkurrenten Kostenvorteile durch prekäre Arbeits- und Einkommensbedingungen verschaffen.

### **Mindestlohnforderung 7,50 Euro**

### **Finanzierung der Arbeitslosenzentren weiterhin notwendig**

#### Kinderarmut vermeiden

Das Armutsrisiko der Familien ist im Wesentlichen abhängig von der Anzahl der Kinder und der Erwerbsbeteiligung der Eltern.

### **Fast jedes 4. Kind lebt in einem einkommensarmen Haushalt.**

16.000 Düsseldorfer Kinder unter 15 Jahren leben in Hartz-IV-Haushalten. LehrerInnen beklagen wachsende Verarmung und Verelendung ihrer SchülerInnen.

- Ein Schüler kommt vier Wochen lang mit demselben Pullover in die Schule
- Andere haben nicht gefrühstückt, und sie haben auch kein Geld mit, um sich etwas zu essen zu kaufen
- Die Klassenfahrt ins Schullandheim findet ohne sie statt
- Eltern können das Essensgeld in der Ganztagschule nicht bezahlen

Im Zuge der Hartz-Reformen wurde Anfang 2005 ein Zuschlag zum Kindergeld eingeführt.

## **Fachveranstaltung in Bochum am 30. Mai 2007 zum Sozialbericht NRW 2007**

Das Problem: Der Zuschlag kommt nur Eltern zugute, die zwar ihren eigenen Bedarf durch ihr Einkommen decken können, nicht aber den ihrer Kinder. Wer nicht einmal genug verdient, um das eigene Leben zu finanzieren, geht beim Kinderzuschlag ganz leer aus. Gleichgültig, ob Betroffene Leistungen nach Hartz IV beantragen oder nicht: Das Kind hat in solchen Fällen nur noch Anspruch auf Leistungen nach Hartz IV – nicht aber auf den Zuschlag. Eine absurde Situation.

**Deshalb ist eine großzügigere Gewährung des Kindergeldzuschlags notwendig. Um Armut und Hartz-Bedürftigkeit von Geringverdienern mit Kindern zu vermeiden, ist außerdem eine von Hartz IV unabhängige Kindergrundsicherung für Familien notwendig.**

Auch früher gab es arme Familien und das Streben der Eltern: Meine Kinder sollen es einmal besser haben.

Kindergärten müssen die Sprachfähigkeit und den Leistungswille fördern, damit Kindern aus sozial benachteiligten Elternhäuser die Chance haben aufzusteigen.

**Bildung ist zwar kein Allheilmittel – aber Bildung ist manchmal das einzige, was den betroffenen Kindern helfen kann**

NRW soll zum Land der neuen Bildungschancen werden. So wie es bisher aussieht eher zu einem Land mit den **neuen schlechten** Bildungschancen!

In der aktuellen Ausgabe des elektronischen Informationsdienstes der CDU vom 21.5.2007 werden Schlaglichter auf die 2 Jahre Regierungsverantwortung geworfen und in einem Schwerpunktteil auch auf die Entwicklung zum „kinder- und familienfreundlichsten Bundesland“ hingewiesen.

Laut dem Armutsbericht gibt es in NRW schon jetzt 815.000 arme Kinder und Jugendliche. **Das Land hat aber 2006 die Mittel für Kinder und Jugendliche um 200 Mio Euro gekürzt.**

Frühkindliche Bildung ist aber mit ein Schlüssel um Armut in den Familien zu überwinden. Dafür sind Tageseinrichtungen mit ausreichendem Personal und hoher Qualifikation erforderlich. Das neue Kindertagesstättengesetz („Kibiz“) gewährleistet dies aber nicht; im Gegenteil es werden Standards abgesenkt.

**Wir brauchen mehr Geld vom Land für die Bekämpfung der Kinderarmut, zum Beispiel:**

- **Der Staat muss die Kosten für Mittagessen in Kitas und Schulen übernehmen**
- **Kinder aus armen Familien sollen die Beiträge für Sportvereine oder Freizeitaktivitäten erstattet bekommen, damit sie nicht sozial ausgegrenzt werden**
- **Reihenuntersuchungen in Kindergärten und Schulen sollen verbindlich eingeführt werden**

## **Fachveranstaltung in Bochum am 30. Mai 2007 zum Sozialbericht NRW 2007**

### **Hartz IV – Auswirkungen auf die Mieter**

#### **Nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes sollen Zehntausende Arbeitslose auch noch ihre Wohnungen aufgeben**

Rund 1.400 Hartz IV-EmpfängerInnen hat z.B. die Bochumer Arge aktuell wegen ihrer Wohnungen im Fokus. Sie sollen sich innerhalb von sechs Monaten etwas einfallen lassen, um die „Kosten der Unterkunft“ zu senken.....

In Gelsenkirchen liegen 4.000 überhalb der Anrechnungsgrenze. Hier sind in 2006 auch schon 800 Umzüge – auf Druck der Arge – durchgeführt worden.

In Münster sollen 1.000 Haushalte von Hartz IV-Betroffenen aufgefordert werden, ihre Wohnungen zu verlassen, um in nicht vorhandene kleinere und preiswertere umzuziehen.

#### **Sozialer Wohnungsbau muss ausgebaut werden, denn er wird dringend für einkommensschwache BürgerInnen gebraucht.**

In den letzten Jahren ist der Bestand an gebundenen Mietwohnungen um rund 17 % geschrumpft. Es wird damit gerechnet, dass der soziale Mietwohnungsbestand in den nächsten Jahren weiter zurückgehen wird und im Jahr 2015 nur noch für rund 5 % aller Haushalte eine Sozialwohnung zur Verfügung stehen wird.

### **Verkauf der LEG**

Internationale Finanzinvestoren haben die deutschen Wohnungsbestände als Anlagemöglichkeit entdeckt. Im Rahmen größerer Transaktionen sind in den Jahren 1999 bis 2005 276.000 Wohnungen verkauft worden.

#### **Den nächsten Sozialbericht soll es erst nach der nächsten Landtagswahl geben**

Zwischenzeitlich dürfen wir nicht die „Hände in den Schoß“ legen, sondern gemeinsam die Armut bekämpfen.

**Notwendig ist z.B. auch die Einrichtung einer „Landesarmutskonferenz“.** Sie kann helfen das Armutsproblem in der Öffentlichkeit bewusst zu machen und zu dessen Überwindung beitragen.

Sie kann ein neues Instrument gemeinsamer Aktionen sein, als politische Initiatorin, Moderatorin und Koordinatorin wirken.

Die Dramatik der gegenwärtigen Entwicklung, in der Betroffene eher Diffamierung und Ausgrenzung als Solidarität erfahren, erfordert die Bündelung und Abstimmung der politischen Akteure, die sich für soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft einsetzen.